

**Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am**  
**11.05.2010**

---

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause: ./.  
Ende: 18:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jung  
Frau Kammeier  
Frau Niederfranke  
Frau Osthus  
Herr Weber

SPD

Herr Garbrecht  
Frau Gündogdu  
Herr Kaufmann  
Frau Schneider  
Frau Schrader

Vorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober  
Frau Rathsmann-Kronshage

(bis 18.30 Uhr)

FDP

Herr Spalek

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Bürgernähe

Frau Geilhaar

Beratende Mitglieder

Frau Dogan-Alagöz  
Frau Huber  
Herr Klein  
Herr Winkelmann

Integrationsrat  
Seniorenrat  
Psychiatriebeirat  
Beirat für Behindertenfragen (bis 18.30 Uhr)

Gäste

Herr Adams  
 Frau Schernus  
 Frau Sporleder

AGW  
 Beschwerdestelle Psychiatrie  
 Beschwerdestelle Psychiatrie

Verwaltung

Beigeordnete Frau Ritschel  
 Frau Schulz

Dezernat 3  
 Amt für soziale Leistungen  
 -Sozialamt-  
 Gesundheits-, Veterinär- und  
 Lebensmittelüberwachung-  
 samt

Frau Dr. Delius

Gleichstellungsstelle  
 Stab Dezernat 3  
 Stab Dezernat 5  
 Amt für soziale Leistungen  
 -Sozialamt-

Frau Buddemeier  
 Frau Kleiner  
 Herr Wörmann  
 Herr Ohlendorf

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen  
 -Sozialamt-

**Öffentliche Sitzung:****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Garbrecht begrüßt vor Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden und stellt die neuen beratenden Mitglieder Frau Dogan-Alagöz (Integrationsrat) und Herrn Klein (Vorsitzender des Psychiatriebeirates) vor. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es gibt keine Änderungen der Tagesordnung.

**Zu Punkt 1****Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 4. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 13.04.2010**

Herr Dr. Schmitz verweist auf das noch fehlende Auswertungsergebnis zur Anfrage der Ratsfraktion Die Linke vom 01.04.2010 zum Thema „Sanktionen im Bereich SGB II“ (Drucks.-Nr. 0818/2009-2014). Im Nachgang der Sitzung ist die Antwort der Arbeitsplus in Bielefeld GmbH eingegangen (**Anlage 1**).

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 13.04.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

**Zu Punkt 2**            **Mitteilungen**

**Zu Punkt 2.1**        **Verteilung der Mittel des Sparkassen- und Giroverbandes an die Schuldnerberatung**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 2.2**        **Neuordnung des ärztlichen Notdienstes in Westfalen-Lippe**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis. Herr Weber behält sich Fragen zur Mitteilung im Rahmen der Berichterstattung zu Punkt 7 vor.

---

**Zu Punkt 3**            **Anfragen**

**Zu Punkt 3.1**        **Übernahme vermittelter Leiharbeitskräfte in feste Arbeitsverhältnisse (Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe vom 28.04.2010)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0898/2009-2014

Vorsitzender Herr Garbrecht verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort (**Anlage 2**) und auf die Quartalsberichterstattung zur Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt. Frau Geilhaar behält sich evtl. Nachfragen in der nächsten Sitzung vor.

---

**Zu Punkt 3.2**        **Verweildauer von Beschäftigten in 1-Euro-Job-Projekten? (Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe vom 28.04.2010)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0900/2009-2014

Vorsitzender Herr Garbrecht verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort (**Anlage 3**). Frau Geilhaar äußert ihre Zweifel an dem Inhalt der Antwort und behält sich auch hier evtl. Nachfragen in der nächsten Sitzung vor. Frau Rathsmann-Kronshage informiert über die bisherige Vorgehensweise des SGA mit den 1-Euro-Job-Projekten: in der Vergangenheit sei sehr darauf geachtet worden, dass die Projekte nicht zu Lasten von Dauerarbeitsverhältnissen gingen.

---

**Zu Punkt 4**      **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

---

**Zu Punkt 5**      **Bericht der Beschwerdestelle Psychiatrie**

Frau Schernus und Frau Sporleder informieren über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Beschwerdestelle Psychiatrie in Bielefeld, deren Einbettung in das bestehende Netzwerk (**Anlagen 4 und 5**) und die Motivierung von Betroffenen zur Mitarbeit in der Beschwerdestelle. In 2008 sei ein überdurchschnittlicher Anstieg der Beschwerden zu verzeichnen. Neu sei ein großer Teil struktureller Beschwerden z. B. über mangelnde Hygiene und unzureichende Vertragserfüllung beim betreuten Wohnen. Fortbildungen für die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beschwerdestelle seien wünschenswert aber z. Zt. nicht finanzierbar. Fragen von Vorsitzenden Herrn Garbrecht, Herrn Jung, Frau Schneider, Herrn Kaufmann, Frau Osthus und Frau Geilhaar werden beantwortet.

Vorsitzender Herr Garbrecht und Frau Schrader als Vorsitzende der Beschwerdestelle bitten die Ausschussmitglieder um Vorschläge für Fortbildungsfinanzierungen. Als Vorsitzender des Psychiatriebeirates sagt Herr Klein seine Unterstützung in dieser Angelegenheit zu.

---

**Zu Punkt 6**      **Bericht des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt- zur Umsetzung des Gesetzes über das Wohnen mit Assistenz und Pflege in Einrichtungen (Wohn- und Teilhabegesetz -WTG) 2009**  
**Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 0726/2009-2014

Herr Ohlendorf informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage. Der Seniorenrat hat sich ausführlich mit dem Bericht beschäftigt. Im Beirat für Behindertenfragen wurde die Vorlage auf die Mai-Sitzung vertagt. Auf Fragen von Frau Niederfranke, Frau Kammeier, Vorsitzenden Herrn Garbrecht, Herrn Weber, Frau Rathsmann-Kronshage und Herrn Klein führt Herr Ohlendorf aus, dass für kleine Einrichtungen derzeit keine Planungssicherheit garantiert werden könne. Zurzeit bestehe für sie ein Bestandsschutz. Ob mit dem zu erwartenden Erlass des Ministeriums die baulichen Standards abgesenkt würden, sei noch nicht absehbar. Innerhalb der Weisungsgebundenheit nutze die Stadt Bielefeld ihren Ermessensspielraum im Rahmen von Einzelfallprüfungen. In Bielefeld werde die gesetzlich vorgeschriebene Fachkräftequote auch nachts erfüllt.

Frau Rathsmann-Kronshage und Herr Weber verweisen auf die Entstehung des Gesetzes und den ausdrücklichen Wunsch des Gesetzgebers über eine Einrichtungsvielfalt neue Wohnformen zu fördern. Darüber hinaus sollten Erfahrungen aus der Umsetzung in die Weiterentwicklung des Gesetzes einfließen. Vorsitzender Herr Garbrecht fordert Träger und Wohlfahrtsverbände auf, problematische Erfahrungen mit der Anwendung

des WTG auf die politische Ebene zu transportieren und diese Auswirkungen - auch außerhalb einer Sitzung - gemeinsam zu erörtern.

-.-.-

#### Zu Punkt 7

#### **Sachstand zur Unterbringung psychisch kranker Menschen nach §14 PsychKG**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0344/2009-2014

Beigeordnete Frau Ritschel informiert über den Inhalt der Vorlage und erläutert die zwei Module des Projektantrags. Die vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS) geforderte Kofinanzierung des Projektes würde über die neugeschaffene Ärztinnen-/Arztstelle Psychiatrie sichergestellt. Herr Adams bestätigt die Einbindung von PariSozial und Fachklinik bei der Vorbereitung des Projektes. Er hoffe auf eine baldige Genehmigung durch das MAGS. Auf Frage von Herrn Weber führt Beigeordnete Frau Ritschel aus, dass ein nervenärztlicher Ringdienst im Rahmen der Notfallversorgung ausgeschlossen sei. Die Reform der ärztlichen Notfallversorgung werde ab 01.02.2011 umgesetzt und liege im Zuständigkeitsbereich der Kassenärztlichen Vereinigung. Eine fachärztliche Notfallversorgung für den Bereich Psychiatrie sei nicht vorgesehen.

Vorsitzender Herr Garbrecht weist darauf hin, dass die Stadt Bielefeld für das Sachverständigengespräch im Fachausschuss des Landtages eine Stellungnahme abgegeben habe, ein Vergleich der unterschiedlichen PsychKGs der Länder vorliege und die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verabschiedet worden sei. Hinsichtlich der sich daraus ergebenden evtl. Veränderungen des PsychKGs schlägt er vor, die Entwicklungen zu beobachten.

-.-.-

#### Zu Punkt 8

#### **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzender Herr Garbrecht stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

---

Garbrecht  
(Vorsitzender)

---

Krumme  
(Schriftführerin)